

Pressemitteilung



Agrarminister finden Kompromiss zur Umsetzung der GAP

Wendorff: „*Es ist an der Zeit, dass das Geramsche auf der Agrarministerkonferenz um die Höhe von Förderungen für Leistungen der Landwirtschaft ein Ende hat. Ökologische Anforderungen werden in Zukunft zunehmen. Zur Nachhaltigkeit gehört aber auch, dass die Ökonomie auf den Betrieben stimmt. Dort ist man jedoch von Lösungen weit entfernt.*“

Teltow, 26.03.2021. Wie bekannt wurde, soll bei der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) nach 2023 die Umschichtung von der einkommenssichernden ersten Säule in die mit zusätzlichen Auflagen belegte zweite Säule von derzeit sechs Prozent auf schrittweise 15 Prozent erhöht werden.

„Für uns Brandenburger Landwirte ist das eine große Kröte, die wir da schlucken müssen, aber an den bestehenden Mehrheitsverhältnissen innerhalb des Entscheidungsgremiums führt kein Weg vorbei. Wichtig ist in dieser Situation, dass nun die Ausgleichzulage für benachteiligte Gebiete (AGZ) in Brandenburg erhalten bleibt. Sie ist ein wichtiger Baustein für viele Brandenburger Landwirte, die auf den sandigen Böden bei geringen Niederschlägen wettbewerbsfähig wirtschaften müssen.“, erklärt LBV-Präsident Henrik Wendorff. Die AGZ ist ein Element der zweiten Säule, die künftig gestärkt werden soll.

Der LBV Brandenburg erkennt die von den Agrarministern beschlossene Regelung für eine Umverteilung der Flächenprämie zur Erhöhung der Förderung zugunsten der ersten 60 Hektare als Kompromiss. „Dass bei der gefundenen Lösung kein Betrieb wegen seiner Größe ausgeschlossen wird, sehen wir als großen Verhandlungserfolg, auch wenn nun viel Geld Brandenburg verlassen wird.“, so Wendorff weiter.